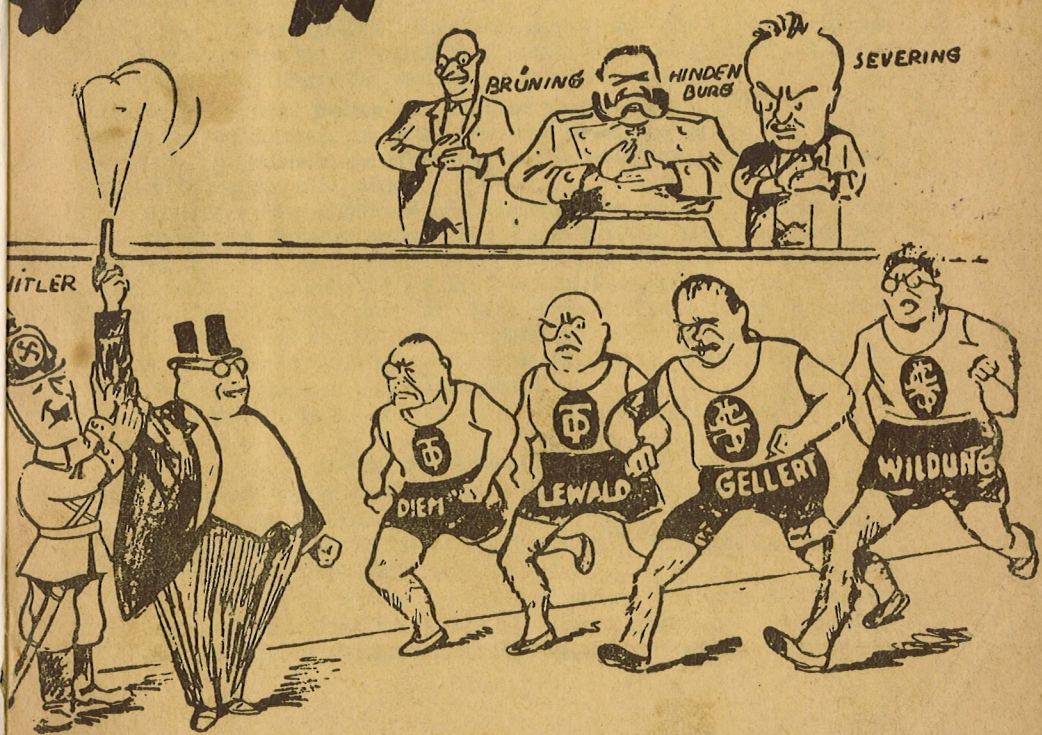


4

Sport und Politik

von Ernst Geube



WAHL- u KAMPFBROSCHÜRE DER SPORT-
TREIBENDEN ARBEITERSCHAFT 10 Pf.

antiquarisch



740-
25.272

Der Sport im Wahl- und Klassenkampf

Das Jahr 1932 ist das Jahr großer politischer Entscheidungen, so schreiben täglich die bürgerlich-sozialdemokratischen Zeitungen. In den Betrieben, auf den Arbeitsnachweisen, in den Straßenbahnen, in den Mitgliederversammlungen der Organisationen wird heftig über die politischen Fragen diskutiert. Das ist verständlich, 6 1/2 Millionen Erwerbslose, Lohn- und Gehaltsabbau, unausgesetzte Notverordnungen, diktatorische Sparmaßnahmen sind Angelegenheiten, die alle Werktätigen betreffen.

In den Sportvereinen sind 50 bis 100 Prozent der werktätigen Mitglieder erwerbslos.

Die sportliche Betätigung, die Betreibung der Leibesübungen, kann nur unter größter Opferbereitschaft des einzelnen noch aufrechterhalten werden. Diese Opferbereitschaft der sporttreibenden Arbeiterschaft wird von den Regierungen der Länder und den Gemeindeverwaltungen dadurch anerkannt, daß sie durch Notverordnungen die Grundstückssteuern, Turnhallenmieten, Bäderpreise usw. erhöhen.

Den klassenbewußten Arbeitersportlern, die gegen dieses System kämpfen, werden mit Hilfe und der Denunziationen bürgerlicher und reformistischer Sportführer die sportlichen Übungsstätten entzogen.

Arbeitersportvereine werden als politische Organisationen erklärt. Hiermit zeigen die Regierungen, daß sie die sportliche Betätigung nur zulassen wollen, wenn sie im Interesse der Erhaltung der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung ausgeübt wird.

Ungeachtet aller Schikanen und Verfolgungen wachsen die Reihen der klassenbewußten Arbeitersportler. Der Sport selbst ist eine Großmacht geworden. Das gesamte öffentliche Leben wird heute durch ihn mit beherrscht. In Deutschland sind etwa 7 bis 8 Millionen werktätiger Frauen und Männer in Sportorganisationen vereinigt. Diese Millionenarmee, deren Mitglieder sich im besten Lebensalter befinden und fast restlos zu den werktätigen Schichten gehören, hat eine große politische Bedeutung. Von der Bourgeoisie wird um diese Schichten intensiv gerungen.

Deutlich tritt das bei den jetzigen politischen Kampagnen in Erscheinung. Der

Aufruf zur Reichspräsidentenwahl

für Hindenburg wurde zuerst von den bürgerlichen Sportführern Minister a. D. Dr. Lewald, Reichswehrminister a. D. Gehler, Staatssekretär a. D. Dominikus unterschrieben. In diesem, am Dienstag, dem 2. Februar, veröffentlichten Aufruf für Hindenburg heißt es u. a.:

„Die lebende Erinnerung an das deutsche Heer des Weltkrieges, das vier Jahre lang den Boden der Heimat schützte und die deutschen Waffen siegreich in ferne Länder trug... Hindenburg: Das ist ein

1595/68

Leben deutscher Pflichterfüllung im Dienste des Vaterlandes. Von der Kaiser-Proklamation im Jahre 1871 bis zur Präsidentschaft der Republik...."

Der Inhalt dieses faschistisch-chauvinistischen Heftchens deckt sich mit den Zielen der Nationalsozialisten. Ebenso wie die Vertreter des Reichsausschusses für Leibesübungen sind die Nationalsozialisten dabei, die bürgerlichen Sportorganisationen reiflos in den Dienst des Faschismus und Imperialismus zu stellen. Die Nationalsozialisten haben die besondere Aufgabe, die Kleinbürger, die sozial entwurzelten Schichten, auch die Angestellten und Arbeiter für die Zwecke des Kapitals einzufangen. Neben der Sozialdemokratie sind sie die Organisation, die den Industrie- und Bankfürsten die Massen stellt im Kampf gegen die Klassenbewegung und revolutionär eingestellte Arbeiterschaft. In diesem Kampf nimmt die Millionenarmee der wertfertigen Sportler und Sportlerinnen eine wichtige Stellung ein, die klar in den Thesen des 6. Plenums der NSD, das im Juli 1931 in Berlin tagte, niedergelegt ist. Dort heißt es:

... Die nationalen und bürgerlichen Sportverbände in allen kapitalistischen Ländern zeigen eine gesteigerte Tätigkeit in der Militarisierung ihrer Organisationen und der faschistischen Erziehung der von ihnen erfaßten Mitglieder. In den ersten Nachkriegsjahren bestand die Hauptaufgabe des bürgerlichen Sports in der Entfernung der Massen vom proletarischen Klassenkampf. Daher erklärt sich, warum der bürgerliche Sport besonders seine Neutralität unterstrich und alle Anstrengungen auf die Organisierung von Festreuerungen und die Propaganda auf die Sorge um die persönliche Gesundheit gerichtet hat.

In den letzten Jahren entwickelte sich die bürgerliche Sportorganisation zu einem entscheidenden Werkzeug der vormilitarischen Vorbereitung und Erziehung der Masse außerhalb der Armeen.

In der gegenwärtigen Periode politisiert sich der bürgerliche Sport neben der Militarisierung auf der Basis des Faschismus. Die bürgerlichen Sportverbände werden zu Massenorganisationen in den Händen der politischen Hauptparteien der Bourgeoisie. Die nationalistische Erziehung der Mitglieder, die stärkere Propaganda für die Verteidigung der „nationalen“ Interessen ist die ideologische Umschreibung für die Militarisierung des bürgerlichen Sports im Interesse der Bourgeoisie.

Eine besondere Form, die durch die kapitalistische Rationalisierung und durch die Wirtschaftskrise geschaffene Millionenarmee der Erwerbslosen, die sich ständig radikalisiert und aktiv im proletarischen Klassenkampf steht, von dem Kampf um ihre Forderungen abzuhalten, ist die Arbeitslosen-Sportbewegung. Die Einrichtung von Stempelstellen auf den Sportplätzen, die Erfassung der erwerbslosen Jugendlichen in Sportkursen sollen die Einheitsfront der Erwerbslosen mit den Betriebsarbeitern erschüttern. Diese Methode liegt nicht zuletzt in der Linie der Arbeitsdienstplicht...."

Hier ist klar und deutlich ausgedrückt, welche Rolle die bürgerlichen Sportorganisationen einnehmen. Zugleich ist diese Kennzeichnung die Bestätigung der Kriegspolitik der Führer der deutschen bürgerlichen Sportverbände.

Da bekanntlich der imperialistische Krieg die Fortsetzung der Politik der Bourgeoisie mit anderen Mitteln ist, tritt in dieser geschichtlichen Phase des Imperialismus der politische Charakter der bürgerlichen Sportverbände am deutlichsten in Erscheinung. In welcher politisch nationalistisch-chauvinistischen Weise die Führer der bürgerlichen Sportverbände die imperialistische Politik verteidigen, zeigen die wenigen hier angeführten Beispiele, die beliebig erweitert werden können.

Nach einem Aufruf des Vorsitzenden der Deutschen Turnerschaft Dr. Göh zum Krieg 1914-18 finden wir in ihren Zeitungen folgende Ergüsse:

„Gott strafe England! Sei unser Gebet,
Sei unser Flehen früh und spät.
Er nehme seine rächende Hand
Und vernichte dieses schändliche Land,
Dieses schändliche Volk voll Lug und Trug,
Das der ganzen Welt blutige Wunden schlug“ usw.

Weiter heißt es:

„Wenn es Russenköpfe regnet und Franzosenköpfe schneit,
Dann bitten wir den lieben Herrgott, daß das Wetter so bleibt.“

So sieht die sitzlich hochstehende und „unpolitisch“ bürgerliche Sportpolitik in Wirklichkeit aus.

In der „Deutschen Turnzeitung“ von 1914, Nr. 33, steht u. a.:

„... Der „futor teutonicus“ ist erwacht und unsere Feinde sollen ihn zu spüren bekommen.

... der deutsche Kaiser hat das Schwert gezogen, das deutsche Volksherr rückt aus.

... Heil dem Kaiser! Heil dem deutschen Heere! Heil der deutschen Flotte! Segen den deutschen Waffen...“

Als eine ganz besondere Ehre rechnet es sich die „Deutsche Turnerschaft“ an, daß aus ihren Reihen 800 000 Mann für den Wasserdienst vorbereitet wurden.

In diesem Sinne werden die Zeitungen der „Deutschen Turnerschaft“ wie der übrigen bürgerlichen Sportorganisationen geschrieben und die Millionen ihrer jugendlichen Mitglieder ideologisch vorbereitet.

Nach dem Zusammenbruch 1918 schrieben die bürgerlichen Sportredakteure etwas vorsichtiger. Jetzt, wo die Reaktion und der Faschismus glaubt, die Zeit ist gekommen, um wie 1914 für den Imperialismus Propaganda machen zu können, ist ihre Sprache wieder klar und eindeutig. In dem Organ der für die Jugend im bürgerlichen Sport geschriebenen Mitglieder in der „Deutschen Turnjugend“ heißt es in Heft 6, März 1931, wo sie für die imperialistischen Eroberungen im Osten Agitation und Propaganda machen:

„Landsberg (Warthe) ist heute ein Kanonenschuh weit, Frankfurt (Oder) nur einen Kavallerie-Lagesmarsch von der politischen Grenze entfernt.

So verläßt die Ostgrenze Deutschlands!

Soll das so bleiben? Wollen wir das weiterhin tatenlos mit ansehen? Deutsche Brüder im Reich, wacht auf und schaut nach Osten. Seht eures Reiches brennende Grenze! Schreitet zur Schicksalsstat!“

Der nächste Artikel heißt „Polen und die Ostgrenzen“. Ein weiterer Artikel ist überschrieben: „Die politischen Ereignisse der Nachkriegszeit in der Grenzmark Posen-Westpreußen“. Dazu kommen Kriegstagebucheinzierungen mit folgendem Inhalt:

... 14. September 1914.

Königsberg ist wieder ruhig. Man merkt kaum was vom Krieg, hat nur Stagesnachrichten zu hören und sich über die Gemeinheiten der Russen und Franzosen wütend zu ärgern.“

Nach einem Lannenberg-Artikel kommt das besondere Sinnbild der Verheerung.

Ein Grenzstein, auf dem ein deutscher Adler sitzend, nach Polen steht. Als Motto dieses Bildes heißt es:

„Hier ist das Deutsche Reich zu Ende, und drüben gilt ein andres Geld. Doch deutscher Geist und deutsche Hände, die gelten in der ganzen Welt.“

Das ist dieselbe Sprache wie 1914—18. Damals heißt es von Wilhelm, dem Ausreißer, bis zu Ebert-Roste:

„Am deutschen Wesen soll die Welt genesen!“

Konzentration der faschistischen Kräfte bei der „Deutschen Turnerschaft“

Dass die bürgerlichen Sportführer offen für die Politisierung der bürgerlichen Sportorganisationen im Sinne des Monopolkapitalismus, des Faschismus und Imperialismus Propaganda treiben, zeigen u. a. auch folgende Beispiele:

Im August 1931 fand die Tagung der „Deutschen Turnerschaft“ in Berlin statt. Hier wurde ausführlich Stellung genommen zur Durchführung der Arbeitsdienstpflicht und des Pflichtturnjahres. Unter Führung des ehemaligen Reichswehrministers Dr. Gehler sprachen sich alle führenden Funktionäre der „Deutschen Turnerschaft“ dafür aus.

Bezüglich der reaktionären Einstellung bestätigt selbst das bürgerliche „12-Uhr-Mittagsblatt“, daß fast alle Führer der „Deutschen Turnerschaft“ Anhänger und Angehörige der reaktionären Verbände sind.

Der ehemalige Reichswehrminister Dr. Gehler sprach über die Frage, welche Politik in den bürgerlichen Sportorganisationen betrieben werden soll.

Hierbei führte er u. a. Jahn als Beispiel vor, den er wie folgt charakterisierte:

„Jahn war nie ein jaghafter Philister, er hat immer in den großen politischen Bewegungen seiner Zeit gestanden. Politik heißt in diesem Sinne sich mit dem Leben seines Volkes beschäftigen. Mit den großen Fragen seiner Existenz und seiner Zukunft, heißt in erster Linie an sein Volk denken.“

Der Geist des alten „Turnvaters Jahn“ wird wieder heraufbeschworen. Jahn, der fälschlicherweise häufig als Freiheitskämpfer gegen Unterdrückung hingestellt wird, ist heute immer noch für die Jugendlichen in den bürgerlichen Organisationen das beliebte Aushängeschild. Dabei weiß jeder mit der Geschichte Vertraute, daß seine hohenzollerische preussische Gesinnung das Leitmotiv aller seiner Handlungen war. Er war ein fanatischer Anhänger der Krückstodpolitik „Friedrichs des Großen“. Im Interesse des Hauses Hohenzollern kämpfte er für deutsche Einheit. Ein einiges Deutschland unter Herrschaft der Hohenzollern mit den damaligen Farben der „Deutschen Turnerschaft“ Schwarz-Rot-Gold war Jahns Freiheitsraum.

Geboren am 11. August 1778, gestorben am 15. Oktober 1852, lebte er in einer Zeit großer geschichtlicher Umwälzungen. Die Wellen der französischen Revolution (begonnen 1789) erweckten bei den Fürsten und Monarchien in Deutschland Entsetzen, bei den Unterdrückten große Hoffnungen. Napoleons Eroberungskriege, seine Niederlage in Rußland, später in Deutschland (Schlacht bei Leipzig), d. h. die Jahre 1805 bis 1813, waren geschichtliche Sturmjahre.

Nach den erfolgreichen Kämpfen der Unterdrückten 1848/49 finden wir Jahn nicht bei den Revolutionären. Er stand nicht bei Friedrich Engels und Karl Marx, die mit revolutionärem Elan die Rechte der Unterdrückten gegen Feudalismus und Monarchie verteidigten. Jahn gehörte zu jenen Kreisen, die mit den errungenen politischen Rechten nichts anzufangen wußten. Er

schlug sich auf die Seite der deutschen Philister, die teils bewußt, teils unbewußt die alten Herrscher, die Feudalen und Monarchen wieder einsetzten und dadurch mit beitrugen, daß der bürgerlichen Revolution der Garaus gemacht und die Arbeiterschaft um die Früchte ihrer Kämpfe betrogen wurde.

Wenn heute die Gehler und Groener, die Dewald und Diem Jahn als Vorbild hinstellen, so in dem Sinne, daß sich die werktätige Jugend, wie er, für den Kapitalismus und für den Imperialismus opfern soll. Sie soll gegen die Arbeiterklasse für die Besitzenden kämpfen. Nur in diesem Sinne wird Jahns Geist von den bürgerlichen Spottführern und den Faschisten heraufbeschworen.

Deutlich kommt das bei den letzten Kundgebungen des Reichswehrministers Groener zum Ausdruck. In diesen heißt es:

„Es wird meine vornehmste Aufgabe als Reichsinnenminister sein, alle Bemühungen und Versuche, die gemacht werden, um die Jugend von der Straße wegzubringen, sie zu Zucht und Ordnung zu erziehen, sie körperlich zu ertüchtigen und in ihrer geistigen Haltung wehrhaft zu machen, zu unterstützen. Die in meiner Hand vereinigten Machtmittel sind stark genug...“

Dieser Kurs Groeners ist zugleich die Bestätigung, daß die bürgerlichen und reformistischen Sportführer konsequent die Politik der faschifizierten Regierungen durchzuführen. Seit Jahren haben sie Agitation und Propaganda für Zwangsarbeit unter den Erwerbslosen getrieben, die Bürgerlichen und Nationalsozialisten treten offen für die Durchführung der Arbeitsdienstpflicht ein.

Die Sportpolitik der reformistischen Führer

unterscheidet sich von der Politik der bürgerlichen Sportführer nur in der Form, nicht im Inhalt. Ebenso wie sie in der Nachkriegszeit in der nationalen Erziehung zum bürgerlich-kapitalistischen Staat mit anderen bürgerlichen Parteien wettsiefen, unterschieden sie sich auch in der „großen Zeit“ von 1914—1918 von diesen nicht.

In der „Arbeiter-Turn-Zeitung“ erschien am 16. 9. 1914 in Nr. 18 ein Artikel mit der Ueberschrift: „Der Krieg“. Hier schreibt die Redaktion über Englands Kriegsbeteiligung:

„England handelte wieder einmal als smarter Geschäftsmann, es befürchtete, daß die Provision nicht hoch genug ausfallen würde, wenn es in der Rolle des ehrlichen Maklers verharrt hätte, deshalb ging es mit ins Geschäft hinein. Dementsprechend wird es auch allzuviel Kapital nicht hineinstecken, besonders dann nicht, wenn es nur schmale Gewinne erhoffen darf.“

So urteilte die „Arbeiter-Turn-Zeitung“ über den imperialistischen Krieg mit England. Einige Monate später sind sie kriegsbegeisterter. In derselben Zeitung von 1915 erscheint der offizielle Leitartikel „Der Mann“. Hier schreibt die Redaktion:

„Wir haben dem Vaterlande nicht nur unser Bestes gegeben, sondern beinahe alles gegeben und stehen nun da wie eine Mutter, deren Sohn ihrer Söhne genommen wurde. Klagen wir deshalb nicht...“

Nach dieser Verbeugung vor Wilhelm und seinem Großen Hauptquartier bitten die alten „sozialistischen Kämpfer“ um folgendes:

„Noch eins muß fallen, es darf in Zukunft nicht mehr vorkommen, daß die Gemeinden nach dem politischen Glaubensbekenntnis fragen, wenn ein Verein an die Türen der Gemeindefestungen klopf. Möge der Zustand allgemein werden, den der Oberbürgermeister Leipzigs wenige

Wochen nach Kriegsausbruch mit den Worten verkündete: „Ich möchte erklären, daß der Rat, nachdem draußen im Felde Mitglieder der Arbeiterturnvereine und Mitglieder unserer Deutschen Turnerschaft Schulter an Schulter in alter deutscher Treue für unser Vaterland kämpfen, beschloßen hat, den Beschluß, den er früher in dieser Beziehung gefaßt hat, aufzuheben und damit dem Antrag bereits Rechnung getragen hat.“ (Wielseitige Verantwortung.)

„Was in diesen Worten gesagt ist — führt die „Arbeiter-Turn-Zeitung“ fort — umfaßt alle unsere Wünsche an Staat und Gemeinden, als Turnorganisation haben wir weitere Forderungen nicht zu stellen, Gewährt man uns Bahnfreiheit für unser turnerisches Wirken, dann werden wir die Verluste durch den Krieg bald wettgemacht haben.“

Der „Sozialistische Geist“ tobte sich nicht nur in den Leitartikeln der „Arbeiter-Turn-Zeitung“ aus. In der Veröffentlichung von Feldbriefen und anderen Kriegsmittellungen versuchte man die Kriegsbegeisterung noch mehr zu wecken. In besonderen Artikeln „Vorbereitung für den Felddienst“ glaubte sie ein gutes Betätigungsfeld zur Unterstützung der Liebe zum blutigen Handwerk zu finden. Im Anfang Januar 1915 richtet die Bundesleitung die Mahnung an die noch im Zivilverhältnis stehende, aber im Verlauf des Feldzugs felddienstpflichtig werdende Jugend, daß sie die kostbare Zeit noch ausnützen möge, um sich für die Strapazen vorzubereiten. Weiter führt sie darin an, „... soweit wir an der Wehrhaftmachung der Jugend mitarbeiten können, kann es sich nur um die Verteidigung des Vaterlandes handeln“.

Diese wenigen Tatsachen zeigen schon, daß die Gellert und Co. dieselbe Politik machten wie die bürgerlichen Sportführer in der Kriegszeit.

Dieser politisch reaktionäre Kurs wurde noch in der Nachkriegszeit von den Bundesvorständen verstärkt durchgeführt.

Wenn jetzt die bürgerlichen Sportführer mit den Führern der Nazis, der Deutschnationalen, der nationalen Wehrverbände, des Stahlhelms, des Jungdo aufs engste zusammenarbeiten, um mit den vereinten faschistischen Kräften die revolutionäre Arbeiterschaft niederzuerwerfen, so sehen wir dieselbe Einstellung bei den reformistischen Sportführern. Gemeinsam mit den Führern der Sozialdemokratischen Partei und des ADGB, des Reichsbanners, die alle die kapitalistische Ausbeuterrepublik verteidigen, schließen die reformistischen Sportführer ihr Bündnis gegen die Klassenbewußten Arbeiterportler und sportlerinnen.

Die Opposition, die gegen die chauvinistische, nationale Erziehung der Arbeiterportbewegung kämpft, wird ausgeschlossen. Die Spaltungspolitik wird von Gellert, Widburg, von Strumpf, Niemann, Krehshmar und Co. im Interesse der Erhaltung des kapitalistischen Systems durchgeführt.

Wie weit die reformistischen Sportführer in der nationalitätsschauvinistischen Erziehung gehen, zeigt u. a. der Stapellauf und die Einweihung des Panzerkreuzers A in Kiel. Gellert und Schred, diese reformistischen Sportführer, haben nicht nur im Reichstag die Millionen für den Panzerkreuzer A bewilligt, gemeinsam mit dem Reichsbanner haben sie ihre „Schufo“ als Ehrenkompanie für Hindenburg, die Reichswehrgeneralat und die Rüstungsfabrikanten bei dem Stapellauf zur Verfügung gestellt. Ihr Freund Groener, mit dem sie lieber zehnmal zusammengehen als einmal mit den Kommunisten (siehe Ausführungen des SPD-Reichstagsabgeordneten Schöpflin), hat in einer geheimen Denkschrift des Wehrministeriums den Zweck der Panzerkreuzerbauten klargestellt. Hier heißt es:

„Der Gegensatz zwischen England und Rußland ist notorisch. Wenn wir nicht beabsichtigen, daß unsere Neutralität verletzt werden soll und

daß der Konflikt auf unserem Gebiet ausgetragen werde, werden wir gezwungen, unsere Neutralität mit den Waffen zu verteidigen... Hierzu benötigt das Reichswehrministerium, der deutsche Imperialismus, den Aufbau des Ostseegeschwaders.“

Für gleiche Leistung gleichen Lohn!

Die Spitzenorganisationen der bürgerlichen Sportverbände, der Reichsausschuß für Leibesübungen und die Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege als Spitzenorganisation der unter reformistischer Führung stehenden Blinde werden ihren Leistungen entsprechend von der Bourgeoisie „belohnt“. Länder und Kommunen stellen ihnen im Verhältnis zu ihrer Stärke die kommunalen sportlichen Übungsstätten bereitwilligst zur Verfügung.

Zur ersten Unterstützung des Baus des Sportforums im Grunewald erhielt der Reichsausschuß für Leibesübungen 1 Million Mark. Für die Unterhaltung der bürgerlichen Sportstätte bekommt der Reichsausschuß jährlich 50 000 Mark, für die Agitation und Propaganda seiner Sportpolitik jährlich 75 000 Mark.

Die Zentralkommission erhielt für den Bau der Bundeschule in Leipzig 400 000 Mark. Damit Bildung seine arbeitersportfeindliche Sportpolitik propagieren kann, erhält die Zentralkommission jährlich 50 000 Mark. Für die Unterhaltung der Bundeschule bekommt die Zentralkommission jährlich 30 000 Mark. Die „Naturfreunde“ erhalten für die Erhaltung ihrer Häuser jährlich 10 000 Mark.

Nachdem Reichsausschuß und Zentralkommission für den neudeutschen Imperialismus die Massen vorbereitet haben, werden ihnen jetzt die Zuschüsse gekürzt und die Mieten für die Benutzung der sportlichen Übungsstätten von den Kommunen erhöht. Das hindert sie nicht, gegen die Klassenbewußten Arbeitersportler in verstärkter Weise mit Denunziationen, Verleumdungen und Lügen vorzugehen.

Die werktätige Mitgliedschaft durchschaut immer mehr die reaktionäre faschistische Politik der bürgerlichen Sportführer. Deshalb lehnen sie es ab, neue finanzielle Opfer für die Kapitalisten zu bringen. Der Reichsausschuß bringt kaum die 70 000 Mark für die Delegation nach Los Angeles auf.

Parteisport oder überparteiliche Massenorganisationen

Die vorstehenden Beispiele enthüllen mit aller Deutlichkeit das Märchen von der Neutralität des Sports. Um von ihrer eigenen parteipolitischen Tätigkeit in den Sportorganisationen abzulenken, versuchen die Gegner der Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit zu unterstellen, sie sei eine kommunistische Parteisportorganisation. Jeder Kommunist lehnt es entschieden ab, sportliche Massenorganisationen zu Parteisportorganisationen zu machen. Wir wissen, daß tausende Arbeiter, die politisch nicht genügend reif sind, um sich der revolutionären Partei anzuschließen, genügend Klassenbewußtsein haben, um die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen oder genossenschaftlichen Zusammenschlusses zu verstehen, oder um zu begreifen, daß sie sportliche oder kulturelle Bestrebungen nicht gemeinsam mit bürgerlichen Elementen, sondern nur im Rahmen einer Arbeiterorganisation durchführen können. Diese gesinnungsmäßige Bindung hat mit Parteisport nichts zu tun.

Wir treten dafür ein, daß der Charakter der Sportorganisationen als breite überparteiliche Massenorganisation gewahrt bleibt. Es liegt im Inter-

esse des Klassenkampfes, breite Massen bei uns zu erfassen. Deshalb lehnen wir es ab, die Zugehörigkeit zur Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit von einem Bekenntnis zu den Grundzügen des Kommunismus abhängig zu machen.

Was ist die Kommunistische Partei? Wie stehen wir zu ihr?

Die Kommunistische Partei ist die höchste Form der Klassenorganisation überhaupt. Auf den verschiedensten Teilgebieten haben wir die verschiedensten Arbeitermassenorganisationen, Industrieverbände, RGO., Gewerkschaften, Genossenschaften, Kultur-, Sport-, Wehrorganisationen usw. Während alle diese Organisationen nur Teilinteressen des Proletariats vertreten, vertritt die Partei das Gesamtinteresse der Arbeiterklasse. Die Kommunistische Partei ist die höchste Form der proletarischen Massenorganisation. Darum erkennen wir die Führerrolle der KPD. für alle proletarischen Massenorganisationen rückhaltlos an.

Politik der „Eisernen Front“

Die Führer der „Eisernen Front“ rühren eifrig die Werbetrommel. An der Spitze dieser Kampffront („Gegen den Faschismus“) stehen alle die bekannten Renegaten der Arbeiterbewegung, d. h. die Führer der SPD., des DGB., des Reichsbanners und der reformistischen Arbeitersportorganisationen.

Eine besondere Rolle in jenem Kreis nehmen die reformistischen Sportführer ein. Sie machen verstärkte Einheitsfront mit Lewald, Dominicus, den Vertretern des Reichsausschusses für Leibesübungen. Genau wie diese kaiserlichen Minister a. D. treten die Bildung, Gellert und Co. in ihrer Agitation und Propaganda für die Wahl Hindenburgs ein. Diese offene faschistische Politik ist vor klassenbewußten Arbeitersportlern nicht zu verteidigen. Deshalb bemüht sich Bildung, der Sekretär der Zentralkommission für Arbeitersport und Leibesübungen, eifrigst, in Versammlungen und Artikeln die Arbeitersportler für die faschistische Front einzufangen. Bei dieser Tätigkeit offenbart sich die ganze Engstirnigkeit und der konterrevolutionäre Charakter der Politik der reformistischen Sportführer. Krampfhaft bemüht sich Bildung die „Errungenschaften der kapitalistischen Republik“ anzupreisen. Der reaktionären kaiserlich-wilhelminischen Zeit stellt er die „fortgeschrittene“ Nachkriegszeit gegenüber.

Ueber die Vorkriegszeit schreibt er daher u. a.:

„Die Turnhallen und Spielplätze der Gemeinden wurden den Arbeitervereinen im ganzen Reiche vorenthalten. Diesem Terror der Staatsgewalt schlossen sich die Schikanen durch die Mächte des Kapitals würdig an.“ Hiermit will Bildung dokumentieren, daß die Arbeitersportler sich heute ungehindert betätigen können. Das unterstreicht er noch besonders, indem er im selben Artikel fortführt:

„Aber auch unter den gegebenen Verhältnissen hat die Republik die Arbeitersportbewegung gefördert, sie hat uns geholfen, unser stolzes Lehrgebäude in Leipzig zu errichten. Reich, Länder, und Gemeinden haben mit geringen Ausnahmen die Arbeitersportbewegung gefördert, in manchen Ländern — Sachsen sei rühmend genannt — im gleichen Maße wie die bürgerliche Sportbewegung. Auch unter den bisherigen Regierungen im Reich hat sich an dieser Politik nichts geändert; sowohl unter den Ministern Jarres wie Schiele und v. Rendell sind die Beihilfen ungeschmälerter weitergezahlt worden. Das ist wohl ein Beweis dafür, wie wertvoll die Bewegung selbst von ihren Gegnern eingeschätzt wird.“

„Bildung ist stolz darauf, daß der Rassist Rendell, der deutschnationalistische Schiele und Jarres als Minister den Charakter der sozialfaschistischen Politik der reformistischen Bundesverbände richtig eingeschätzt hat. Ebenso wie Brüning und Hindenburg die Politik der Gellert-Bildung begrüßen, ebenso scharf wird diese Politik der Reformisten von den klassenbewußten Arbeitersportlern abgelehnt.“

Die sporttreibenden Arbeiter und Arbeiterinnen, die gegen die reaktionäre faschistische Politik kämpfen und ihrer Klasse treu ergeben sind, werden heute scharfer verfolgt als jemals in der Vorkriegszeit.

An der Spitze dieses Verfolgungszuges, bei der Entziehung der sportlichen Übungsstätten, bei der Denunziation roter Sportler stehen die Bildung, Gellert, Severing mit Lewald, Diem, Hitler und Goebbels in einer Front.

Ueber die jetzigen „fortschrittlichen“ Zustände mußte selbst das Zentralorgan der SPD. nach dem Erlaß der 4. Notverordnung schreiben:

„Die Arbeitersportler dürfen ihre Bundesnadel, die sie schon zu Wilhelm's Zeiten jahrelang ungehindert tragen durften, jetzt nicht mehr ansteden, wenn sie nicht hohe Strafen riskieren wollen.“

Weil die Millionen der aktiven sporttreibenden Arbeiter und Arbeiterinnen den faschistischen Charakter der Sportpolitik der Zentralkommission erkannt haben, deshalb lehnen sie das Betrugsmanöver, das die „Eiserne Front“ durchführt, restlos ab. Gemeinsam mit den roten Sportlern werden sie die antifaschistische Sportfront formieren und sich in die

Rote Arbeiterfront

einreihen. Immer mehr erkennen sie die Richtigkeit des sportpolitischen Kurses der Kampfgemeinschaft. Sie beteiligen sich nicht an der Gründung von Hammerclubs und Wehrsportabteilungen. Die Schußstaffeln, Wehrsportabteilungen, die von den reformistischen Sportführern propagiert werden, haben mit die Aufgabe, gegen die revolutionäre Arbeiterklasse zu kämpfen. Sie sollen Teile der faschistischen Kampffront gegen die Kämpfer des Sozialismus sein.

Die sporttreibenden Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich aus den besten Altersklassen des Proletariats rekrutieren und durch ihre sportliche Betätigung alle Voraussetzungen für den erfolgreichen Kampf gegen den Faschismus besitzen, treten ein in den roten Massenselbstschutz.

Gemeinsam mit Parteiloosen, mit den proletarischen Mitgliedern anderer Organisationen schaffen sie in den Betrieben rote Betriebsportgruppen. Auf den Stempelstellen betätigen sie sich aktiv für die Schaffung von Erwerbslosenstaffeln. In den Wohnbezirken organisieren sie den roten Strahenschuß. Die wehrsportliche Betätigung machen sie zu einer Angelegenheit der gesamten Arbeiterklasse. Sie schaffen mit die Einheitsfront von unten im Kampfe gegen den Faschismus, Sozialfaschismus, gegen Imperialismus und imperialistischen Krieg.

Gegen Eiserne Front — Rote Arbeiterfront ist ihre Parole!

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß die Eiserne Front auf engste verbunden ist mit der Hindenburg-Hitler-Front und dieselbe Politik wie jene macht, erbrachten diesen Beweis die letzten

Verhandlungen des Reichstages.

In den Reichstagsverhandlungen vom Dienstag, dem 23. Februar, bis Freitag, dem 26. Februar, wurde zu den aktuellen politischen Fragen, des

imperialistischen Ueberfalls Japans auf China, zur Reichspräsidentenwahl, Aufhebung der Notverordnungen, d. h. zur Politik der Regierung Brüning-Gröner, Stellung genommen. Bei diesen Auseinandersetzungen standen die Sozialdemokraten einschließlich der reformistischen Sportführer Schenk und Gellert wie immer auf Seiten der Kapitalisten.

Wie sie stimmten?

Sie stimmten gegen die Aufhebung der Notverordnungen, die den Massen das Stück Brot vom Munde stiehlt. Sie sind für Aufrechterhaltung der Tributlasten, sie sind für die Milliarden-Subventionen an Großindustrielle und Großbanken. Kein Wort hatte die Eiserner Front zu sagen gegen den imperialistischen Krieg in Asien. Im Gegenteil, sie unternahmen ein wahres Wettrennen mit den anderen bürgerlichen Parteien über ihre nationalchauvinistische Gesinnung. Die Brüning-Hindenburg-, „Sozialisten“ ringen erbittert mit den Hitler-, „Sozialisten“ um die Anerkennung ihres Patriotismus. Als der Verdacht ausgesprochen wurde, daß die Sozialdemokraten 1914 bis 1918 nicht patriotisch genug gewesen wären, erhob sich bei ihnen ein Sturm der Entrüstung. Sie, die sich niemals aufregen, wenn den Arbeitern Lohn und Gehalt gekürzt wird, wenn Millionen aus der Sozialversicherung hinausfliegen, wenn die Arbeiter auf der Straße von der Polizei und den Faschisten erschossen werden, sie gerieten in Aufregung, als man ihre nationalchauvinistische Gesinnung anzweifelte. Die revolutionäre Arbeiterschaft bekräftigt ihnen gern, daß sie dieselben Sozialpatrioten und Arbeiterfeinde wie früher geblieben sind.

Die letzte Zusucht aller großen Gauner, wenn sie das Volk, die Arbeiterschaft, alle Werktätigen betrügen wollen, ist immer das Hervortreten des Patriotismus.

Hiermit soll eine Vernebelung der wirklichen Kampffronten, nämlich der Klassenfronten herbeigeführt werden. Das ist auch der Hauptzweck der Politik der Eisernen Front, bei der die reformistischen Sportführer eine besondere Rolle spielen.

Ihre Heereskule

marschiert hinter den Kapitalisten und kämpft gegen den Sozialismus.

Das kapitalistische Deutschland geht bei der Reichspräsidentenwahl mit drei Heereskolumnen in die „Wahlschlacht“. Die Fronten sind: Hitler, Duesterberg und Hindenburg. Und hinter allen dreien steht ein und dieselbe Klasse — die Kapitalistenklasse. Das Ziel dieser drei Heereskolumnen ist ein gemeinsames: Die Rettung des bankrotten Kapitalismus. Diese drei Heereskolumnen marschieren getrennt, um vereint zu schlagen. Wen wollen sie schlagen? Natürlich die andere Klasse —

die Arbeiterklasse.

Ihr entgegen tritt die Rote Einheitsfront, die sich unter Führung der Kommunistischen Partei mit Ernst Thälmann an der Spitze, formiert. Nur so stehen die Fronten:

Kapitalistenfront gegen Rote Einheitsfront.

Hier geht es auch nicht um das „Kleinere Uebel“, wie die reformistischen Sportführer der sporttreibenden Arbeiterschaft weismachen wollen. Wer ist das „Kleinere Uebel“ in der Kapitalistenfront? Der Ehreuvorsitzende des faschistischen Stahlhelms von Hindenburg oder der zweite Vorsitzende desselben Stahlhelms Duesterberg, oder der Bundesgenosse des Stahlhelms Hitler. Die Werktätigen stellen die Frage so:

Hinter Hindenburg steht das „Kleinere Uebel“, der Trustkönig Krupp, hinter Duesterberg das „Kleinere Uebel“, der Trustkönig Kirdorff, hinter Hitler das „Kleinere Uebel“, der Trustkönig Fritz Thyssen.

Hinter diesen „Kleinere Uebeln“ stehen die bürgerlich-reformistischen Sportführer Wildung, Gellert, Lewald, Diem, Neuenburg, Breithaupt und Co. Wer will da mit?

Jeder Werttätige wird sagen, daß von diesen Uebeln eins so groß und so schlecht wie das andere ist. Darum raus aus der Front der Feinde der Arbeiterklasse, hinein in die Front der Gesinnungs- und Klassengenossen und -genossinnen.

Die sporttreibenden Arbeiter und Arbeiterinnen starten in der Roten Einheitsfront!

Der Kanzler der Sozialdemokratie

In seiner Rede bei den letzten Reichstagsverhandlungen erklärte Brüning, zu den Nazis gewandt: „Wagen Sie nicht, mich mit dem November 1918 in irgend einer Weise in Verbindung zu bringen. Am 9. November war ich an der Spitze des Sturmbataillons Winterfeldt, das zur Niederwerfung der Revolution bestimmt war“.

Die Antwort der Hafent Kreuzler war: Stürmisches Händeklatschen, als Nazi-Goebbels erklärte: „Wir haben mit Befriedigung davon Kenntnis genommen, daß Sie, Herr Reichskanzler, an der Spitze eines Sturmbataillons gekandten haben, das die Revolution niederschlug“. Auf diese sensationelle Enthüllung der reaktionären Rolle Brünings erhoben sich die kommunistischen Abgeordneten und riefen den Sozialdemokraten zu:

Das ist euer Reichskanzler!

Darauf stand der bekannte sozialdemokratische Führer Sölkemann auf und brüllte zur kommunistischen Fraktion hinüber: „Wir gehen tausendmal lieber mit Brüning als mit euch!“

Hört, ihr Werktätigen, Sozialdemokraten gehen tausendmal lieber mit Brüning (d. h. mit den Kapitalisten) als mit den Arbeitern.

Erwerbslose, die Winterhilfe von den ADGB-Führern verlangen, werden für verrückt erklärt.

Die Erwerbslosen hatten eine Delegation in den Reichstag entsandt. Von der kommunistischen Fraktion wurde die Delegation der Erwerbslosen empfangen. In kameradschaftlicher Weise setzte sie sich mit den Erwerbslosen auseinander und unterbreitete ihnen die Anträge der SPD., die sie auf Arbeitsbeschaffung und für ausreichende Unterstützung aller Erwerbslosen gestellt hat.

Als die übrigen Fraktionen von der Anwesenheit der Erwerbslosen erfuhren, verkrochen sie sich in ihre Fraktionszimmer, um nicht Rede und Antwort auf die Fragen der Delegation geben zu müssen. Die Naziabgeordneten erklärten den Erwerbslosen, daß sie für diese Fragen nicht zuständig seien. Es sei gegenwärtig in ihrer Fraktion niemand anwesend, der mit ihnen über diese Fragen verhandeln könnte. Nach längerem Suchen erwischte die Erwerbslosendelegation den Vorsitzenden des Wfa-Bundes, den sozialdemokratischen Abgeordneten Aufhäuser. Dieser Gewerkschaftsbürokrat hatte auf die Fragen der Erwerbslosen, ob er bereit ist, dafür einzutreten, daß den Erwerbslosen endlich eine Winterhilfe gewährt wird und er diese Forderung dem Reichstag übermitteln solle, die Antwort:

„Ausgerechnet durch mich wollen Sie das vermitteln, Ihr selbst wohl verrückt geworden.“

Jedes weitere Kommen-tar würde die reaktionäre Gesinnung des von Arbeiter- und Angestellten-Großem finanzierten Kfa-Führers nur abschwächen...

Diese Vorgänge beweisen, daß die Politik der Sozialdemokratie und der reformistischen Sportführer nicht die

Politik des Kleineren,

sondern des größten Übels ist. Mit dieser Politik haben die sozialdemokratischen Parteien der II. Internationale schon in anderen Staaten die offenen Faschisten ans Ruder gebracht. Begeistert begrüßten sie in Polen den Feldmarschall Pilsudski als den Retter gegen Reaktion und Faschismus. Heute steht jeder Arbeiter und jede Arbeiterin, daß die Herrschaft Pilsudskis den ärgsten Faschismus bedeutet. Die Arbeiterchaft wird verfolgt und unterdrückt, die revolutionären Organisationen sind in Polen verboten. Wenn dort die Arbeiterklasse erfolgreiche Kämpfe durchführt, so nur deshalb, weil die kommunistische Partei die Arbeiterklasse Polens an die Kampffront heranzuführt und in mächtigen Streiks den Willen der Arbeiterklasse zur Erringung des Sieges dokumentiert.

Wie war es in Italien?

Hier wollten die Sozialdemokraten den König gegen Mussolini als das „Kleinere Übel“ auspielen. Deshalb wurde Emanuel von ihnen als Liberaler und Fortschrittler hingestellt. Die Reformisten und Liberalen erklärten den Arbeitern und Arbeiterinnen Italiens, daß die letzte parlamentarische Regierung Facta mit Hilfe des Königs den Belagerungszustand gegen den faschistischen Aufmarsch verhängen wird. Was mußte sich naturnotwendig aus dieser Politik ergeben? Der italienische König als Leiter der Exekutivgewalt führte gemeinsam mit den Führern der Faschisten den Staatsstreich durch und ernannte Mussolini zu seinem legalen Ministerpräsidenten. Für Deutschland bedeutet die Unterstützung Hindenburgs, die Politik der Nationalsozialisten stärkstens zu fördern.

Hindenburg ist gleich Hitler.

Hieran ändert der Krach im Lager der Bourgeoisie nicht das geringste. Ebenso wie die sporttreibenden Arbeiter und Arbeiterinnen, alle werktätigen Sportler und Sportlerinnen bei der Reichspräsidentenwahl in der roten Einheitsfront stehen und gegen die Politik des „Kleineren Übels“ kämpfen, müssen sie das bei der

Preußenwahl

tun. Die Reichspräsidentenwahlen sind Mobilmachung für den Preußenwahlkampf. Ob ein oder zwei Wahlgänge in der Reichspräsidentenwahl, für die Werktätigen steht immer nur der Kandidat der roten Einheitsfront zur Abstimmung. Die sporttreibende Arbeiterschaft startet anders als die Politikanten und Schwächer vom „Kleineren Übel“, sie starten mit ihren Klassengenossen und -genossinnen.

Für die Werktätigen gibt es kein Bündnis mit den Feinden der Arbeiterklasse. Wie bei der Reichspräsidentenwahl, so gilt bei den Wahlen zu den Parlamenten immer das, was Karl Marx zur Frage der Aufstellung von Kandidaten bei solchen Wahlen ausgeführt hat:

„Das Proletariat muß dafür sorgen, daß überall neben den Bürgerlichen... Kandidaten, Arbeiterkandidaten aufgestellt werden, deren Wahl mit allen möglichen Mitteln zu bestreiten ist.

Selbst da, wo gar keine Aussicht zu ihrer Durchführung vorhanden ist, müssen die Arbeiter ihre eigenen Kandidaten aufstellen, um ihre Selbstständigkeit zu wahren, ihre Kräfte zu zählen, ihre revolutionäre Stellung und Parteistandpunkte vor die Öffentlichkeit zu bringen, sie dürfen sich hierbei nicht durch Nebenarten... bestechen lassen, wie z. B. dadurch spalte man... und gebe der Reaktion die Möglichkeit zum Siege. Bei allen diesen Fragen kommt es schließlich darauf hinaus, daß das Proletariat geprellt werden soll.“

(Marx in der Ansprache der Zentralbehörde an den Bund der Kommunisten vom März 1850)



Gegen Faschismus
Gegen Imperialismus
Für die Verteidigung
der Sowjet-Union

Zu den Arbeiterkandidaten gehören nicht die sozialdemokratischen Kandidaten, gehören nicht die reformistischen Sportführer, die das Proletariat an

die Bourgeoisie verraten und verkaufen. Sie sind die Verhelfer der Bourgeoisie.

Arbeiterkandidaten sind die Vorschläge der roten Einheitsfront: bei den jetzigen Parlamentswahlen die Kandidaten der Kommunistischen Partei.

Preußen, ein Hort der Reaktion

Hier regiert seit 1918 eine Koalition mit Einfluß der Sozialdemokratie. Dabei ist Preußen nicht — wie die Sozialdemokratie verkündet — ein Hort der „Demokratie“, die beste Garantie gegen das Eindringen des Faschismus. Im Gegenteil. Keine Notverordnung Brüning-Hindenburgs wäre Wirklichkeit geworden, wenn sie Preußen abgelehnt hätte. Die faschistische Politik der Reichsregierung Brüning-Groener-Hindenburg ist nur möglich, weil die Preußenregierung die beste Stütze der Notverordnungsdictatur, der festeste Hort der Reaktion ist.

Der Regierung Braun-Severing waren die Notverordnungen Brünings nicht einmal brutal genug. In der Frage der Entreibung und Erhöhung der Bürgersteuern steht die preußische Regierung an der Spitze. Rücksichtslos droht sie die Ausgaben der Gemeinden für soziale Zwecke. Wo die Gemeinden sich auf ihre Selbstverwaltung berufen, werden von Severing ebenso wie von Mussolini in Italien Staatskommissare zur Durchführung der faschistischen Diktatur eingesetzt. An Unterdrückung der Arbeiterklasse leistet Preußen im Interesse der Bank- und Industriefürsten Großes. Hier wirkte der „republikanische Geist“, der von Severing und Grzesinski hervorgerufen wird, außerordentlich.

Etwa 100 Arbeiter

fielen in den letzten Jahren den Polizeikugeln in Preußen zum Opfer. Unter den Erschlagenen befindet sich kein einziger Faschist, kein Kapitalist, alle Erschlagenen sind Arbeiter.

33 Arbeiter und Arbeiterinnen wurden von der Polizei am 1. Mai 1929 erschossen.

Von den Nazi-Faschisten wurden in den letzten zwei Jahren im Reich

110 Arbeiter erschlagen und erschossen, 19200 Arbeiter verwundet.

Natürlich kein Kapitalist verlegt oder erschlagen. Dafür hat Severing-Preußen den Faschisten den Weg weiter frei gemacht. Severing verbot als Reichsinnenminister die antifaschistische Wehrorganisation des Proletariats, den Roten Frontkämpferbund. Der SPD-Minister Braun hob das Stahlhelmsverbot im Rheinland auf. Severing verbot die Spartakiade im Juli 1931 und schützte zu gleicher Zeit den Stahlhelmsmarsch in Breslau. Das sind die Taten der sozialdemokratischen Minister und der preußischen Regierung. Ihre feindliche Einstellung gegenüber klassenbewußten Arbeitersportlern kommt im preußischen Etat besonders kraß zum Ausdruck.

Seit Jahren beantragt hier die kommunistische Fraktion, daß den Arbeitersportlern 3 Millionen Mark zur Förderung der Leibesübungen zur Verfügung gestellt werden. Diese Anträge wurden von der bürgerlich-sozialdemokratischen Mehrheit immer abgelehnt. Die Gelder, die zur Förderung der Leibesübungen eingesetzt wurden, erhielten fast reiflos die bürgerlich-faschistischen Sport- und Wehrsportorganisationen. Die Arbeitersportler erhielten nichts. Dafür bekamen die Junker für die Durchführung des feudalen Rennsportes im Durchschnitt jährlich 9 bis 10 Millionen Mark aus den Steuergroschen der Arbeiterklasse.

Bei der letzten Etatberatung begründete Genosse Jabel den Antrag der kommunistischen Fraktion:

a) für die Förderung der Bestrebungen und Einrichtungen für die schulunklassene Jugend durch die proletarischen Jugendsport- und Kulturorganisationen die Titelsumme von 3 Millionen Mark auf 3 900 000 Mark zu erhöhen;

b) die Titelsumme zur Förderung der Leibesübungen einschließlich des Sport- und Sportarztwesens der Arbeiter-Turn- und Sportvereine durch die der Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit und der Zentralkommission für Arbeitersport- und Körperpflege angeschlossenen Sportartelle von 500 000 Mark auf 1 500 000 Mark zu erhöhen.

Auch dieser Antrag wurde von der bürgerlich-sozialdemokratischen Mehrheit in Uebereinstimmung mit der Regierung abgelehnt. Die preußische Regierung tut alles, was im Interesse der Reaktion und des Faschismus liegt und sich gegen die Interessen der Arbeiter und der Arbeitersportbewegung auswirkt. Wie weit sie hierbei geht, zeigt erneut die Ablehnung folgender Anträge durch die Regierung:

a) daß alle die Entwicklung des Arbeitersports hemmenden Maßnahmen (Entziehung von Übungsstätten usw., polizeiliche Behinderung in der Propagierung und Durchführung sportlicher Veranstaltungen und Versammlungen) gegenüber den der Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit angeschlossenen Vereinen unterlassen werden.

b) bei Gesellschaftsfahrten allen Arbeitersport- und Kulturartellen sowie den ihnen angeschlossenen Vereinen und ihren Mitgliedern Fahrpreisermäßigung zu gewähren.

c) die Vorbereitungen der Arbeitersportler zur Spartakiade der Roten Sportinternationale 1931 in Berlin dadurch zu unterstützen, daß sie den Arbeitersportlern die sportlichen Übungsstätten (Spiel- und Sportplätze, Schwimmhallen, Turnhallen, Jugendhelme und Schulen) unentgeltlich oder zu denselben Bedingungen wie den übrigen Sport- und Jugendorganisationen zu Verfügung zu stellen,

d) daß bei der Zuteilung von sportlichen Übungsstätten in erster Linie die proletarischen Organisationen zu berücksichtigen sind,

e) daß die sportlichen Übungsstätten den proletarischen Sport- und Kulturorganisationen unentgeltlich zur Verfügung stehen,

f) daß der im Preußischen Landtag am 23. Mai 1930 angenommene Antrag (Drucksache 3148):

Das Staatsministerium wird ersucht, die Oberpräsidenten anzuweisen, daß sie die Ortsausschüsse für Jugendpflege und Leibesübungen in ihren Bezirken anhalten, ihre Tätigkeit und Vergünstigungen auf die Jugendverbände aller Richtungen auszubehnen, durchgeführt wird. Die Ablehnung dieser Anträge kennzeichnet die Severing-Politik.

Die sporttreibende Arbeiterschaft soll mithelfen, damit
der Kommunismus regt.

Bei den bevorstehenden Abstimmungen geht es darum, sich zu entscheiden, ob wir den Kapitalismus vor dem Untergang retten, Elend und Sklaverei des arbeitenden Volkes verewigen, oder durch Beseitigung des bankrotten Kapitalismus das arbeitende Volk aus Elend und Knechtschaft zum Sozialismus führen wollen. Die Wahlen sind heute weniger denn je eine demokratische Angelegenheit, die Demokratie liegt längst im Sterben. Jede dieser

Wahlen ist ein Teil des großen Ringens zwischen den Klassenfronten, ein Ringen um die Köpfe und Gänge des werktätigen Volkes.

Die Kapitalistenklasse kann sich nur retten, wenn es ihr gelingt, einen Teil des arbeitenden Volkes zu betrügen, und gegen die rote Klassenfront auszuspielen. Zu diesem Zwecke benützt sie die nationalsozialistischen Volksbetrüger, das Zentrum, die christlichen Gewerkschaften und die sozialdemokratischen Lakaien.

Die Sowjetunion zeigt den Ausweg

Während in Deutschland und allen anderen kapitalistischen Ländern Not und Elend wächst, ist im Lande des Sozialismus, in der Sowjetunion, Aufbau und Fortschritt. Unter dem sozialistischen Banner bessert sich die Lage der Werktätigen von Tag zu Tag. In der Sowjetunion ist eine neue Welt ohne Kriegen, ohne Arbeitslosigkeit, ohne Ausbeutung der Menschen durch die Menschen. Hier sehen wir das große Beispiel des

sozialistischen Auswegs aus kapitalistischer Anarchie und Ausbeutung.

Der Kampf zweier Weltssysteme ist für die Werktätigen, die klar sehen, entschieden. Auf der einen Seite das kapitalistische System mit den verschiedensten Regierungen und Staatsformen. In Amerika, Deutschland und Frankreich die republikanische Staatsform, die mit Methoden der faschistischen Unterdrückung vorgehen. In Italien, Polen und Ungarn das offene faschistische Regime ohne jede demokratische Kulisse, in England die konstitutionelle Monarchie — aber überall Not und Elend, verschärfte Ausbeutung, Ausplünderung und Unterdrückung der Werktätigen.

Auf der anderen Seite

das sozialistische System,

das in der Sowjetunion seinen sichtbaren Ausdruck findet. Hier Fortschritt, Aufbau, Brot und Freiheit für alle Arbeiter und Arbeiterinnen.

In Deutschland wird die Sozialversicherung zerschlagen. In der Sowjetunion wird für Gesundheitschutz und Förderung der sportlichen Betätigung 3½ Milliarden Mark pro Jahr ausgegeben. Das Jahresbudget für Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten beträgt 7½ Milliarden Mark. •

Die Gegenüberstellung der Politik der Sowjetunion und des Kapitalismus, Faschismus und Imperialismus zeigt allen Werktätigen, warum **der Imperialismus den Krieg in China entfesselt.**

Es ist der Versuch, einen Ausweg aus der kapitalistischen Krise zu finden. Neue Millionen Blutopfer sollen die Werktätigen bringen und das imperialistische Schlachtfeld düngen. Die Werktätigen dürfen nicht so handeln wie es die Kapitalisten und ihre Lakaien, die Sozialdemokraten und Nationalsozialisten, wollen, sondern wie die Arbeiter der Sowjetunion, die gemeinsam mit der Roten Armee den Sozialismus, die Interessen der Arbeiterklasse verteidigen. Wir dürfen nicht zulassen, daß die Weißgardisten, die Konterrevolutionäre, die Imperialisten die Arbeiter an dem Aufbau des Sozialismus hindern! Deshalb:

**Vorwärts zum Kampf unter dem roten Banner der Freiheit!
Gegen die faschistische Front!
Gegen imperialistischen Raubkrieg!
Für die rote Einheitsfront und ihre Kandidaten!
Für die Verteidigung der Sowjetunion!
Für den Sozialismus!**